

Auftragsbekanntmachung

Dienstleistungen

Geändert Stand 21.12.2016 (Änderungen **Rot**)

Abschnitt I: Öffentlicher Auftraggeber

I.1) Name und Adressen

Stadtwerke Dachau
Brunngartenstr. 3, 85221 Dachau
Deutschland

Kontaktstelle(n): Abteilung Planung – Hr. Rumberg

Telefon: 08131/7009-966
E-Mail: rumberg@stadtwerke-dachau.de
Fax: 08131/7009-931
Web: www.stadtwerke-dachau.de

I.2) Kommunikation

Die Auftragsunterlagen stehen für einen uneingeschränkten und vollständigen direkten Zugang gebührenfrei zur Verfügung unter: <https://1drv.ms/f/s!AscZ7FBwa5ExgWb8KsDUTXmLNSwR>

Weitere Auskünfte erteilen/erteilt folgende Kontaktstelle:

pm5 Projektmanagement GmbH
Josephospitalstr. 9
80331, München
Deutschland

Kontaktstelle(n): Projektsteuerung
Telefon: +49 892429375-15
E-Mail: dittrich@pm-5.de
Fax: +49 892429375-29
Web: www.pm-5.de

Angebote oder Teilnahmeanträge sind einzureichen an folgende Anschrift:

pm5 Projektmanagement GmbH
Josephospitalstr. 9
80331, München
Deutschland

I.3) Art des öffentlichen Auftraggebers

kommunaler Eigenbetrieb

I.4) Haupttätigkeit(en)

Infrastruktur, Versorgung

Abschnitt II: Gegenstand

II.1) Umfang der Beschaffung

II.1.1) Bezeichnung des Auftrags:

Betriebssichere Wasserversorgung in Straubing
Objektplanung für Ingenieurbauwerke gem. §41 HOAI LP2-9 (bei stufenweiser Beauftragung)

II.1.2) CPV-Code Hauptteil:

71300000

II.1.3) Art des Auftrags

Dienstleistungen

II.1.4) Kurze Beschreibung:

Die Stadtwerke Dachau planen die Betriebssicherheit der Wasserversorgung in Dachau zu erhöhen und haben im Rahmen einer Voruntersuchung die Grundlagenermittlung für verschiedene Varianten durchführen lassen. Die Ergebnisse der Grundlagenermittlung enthalten eine Beschreibung der technischen Erforderlichkeiten und können per E-Mail bei Herrn Rumberg (rumberg@stadtwerke-dachau.de) angefragt werden.

II.2.1) Erfüllungsort

Hauptort der Ausführung:

Stadt Dachau

II.2.2) Beschreibung der Beschaffung:

Leistungsphasen 2 bis 9 Ingenieurbauwerke gem. § 41 HOAI ff.

Der grob geschätzte bisher unverbindliche Gesamtumfang der Baumaßnahme (KGR 300-400) beläuft sich auf 2,8 Mio. Euro brutto. Die Kostenobergrenze wird im Zuge der LP3, mit Erstellung der Kostenberechnung, ermittelt und gilt nach Freigabe durch den Auftraggeber.

Details zum Auftrag:

Leistungsphasen 2-9 gem. HOAI 2013; Stufenweise Beauftragung. Der Auftraggeber behält sich vor, weitere Projektstufen - ganz oder teilweise - nach Vorliegen der finanziellen Absicherung und der positiven Entscheidung seiner Entscheidungsgremien zu beauftragen. Ein Rechtsanspruch auf Beauftragung mit den weiteren Projektstufen sowie der Gesamtbeauftragung besteht nicht.

II.2.3) Zuschlagskriterien Verhandlungsverfahren

Der Preis ist nicht das einzige Zuschlagskriterium; alle Kriterien sind nur in den Beschaffungsunterlagen aufgeführt (siehe Link)

II.2.4) Laufzeit des Vertrags:

Laufzeit in Monaten: 36

Dieser Auftrag kann nicht verlängert werden.

II.2.5) Angabe zur Beschränkung der Zahl der Bewerber, die zur Angebotsabgabe bzw. Teilnahme aufgefordert werden

Geplante Mindestzahl: 3; Höchstzahl: 5

Objektive Kriterien für die Auswahl der begrenzten Zahl von Bewerbern (Teilnahmewettbewerb): Die Eignungskriterien sind Teil der Bewerbungsunterlagen und stehen für jeden Bewerber frei zum Download.

II.2.6) Zusätzliche Angaben

Varianten/Alternativangebote sind unzulässig

Der Beginn der Leistungserbringung erfolgt sofort nach Beauftragung Anfang Februar 2017;
Die Vertragslaufzeit richtet sich nach dem Vertragsangaben (LP2-8) zzgl. den Leistungen in den Verjährungsfristen LP9 gem. VOB Vereinbarungen mit den zu überwachenden Bauleistungen;
Geplante Fertigstellung: bis 30.11.2018

Abschnitt III: Rechtliche, wirtschaftliche, finanzielle und technische Angaben

III.1) Teilnahmebedingungen:

III.1.1) Befähigung zur Berufsausübung einschließlich Auflagen hinsichtlich der Eintragung in einem Berufs- oder Handelsregister - Auflistung und kurze Beschreibung der Bedingungen:

Mit dem Teilnahmeantrag (Bewerbungsbogen) sind die nachfolgenden Erklärungen und Nachweise abzugeben (Beabsichtigt ein Bewerber, die Dienstleistungen in Zusammenarbeit mit Dritten (Unterauftrag/ Eignungsleihe) zu erbringen, müssen die nachfolgend genannten Nachweise/Angaben auch für diese erbracht werden):

- a) Nachweis der Berufsqualifikation, Bewerber müssen nachweisen, dass die vorgesehenen Leistungserbringer über eine entsprechende Ausbildung (Berufsbezeichnung: Ingenieur/in) verfügen zur Erbringung der Leistung. Durch einen Berufs- oder Handelsregisterauszug oder auf andere Weise.
- b) Eigenerklärung, dass keine Ausschlussgründe nach § 123 und § 124 GWB 2016 vorliegen, oder andernfalls entsprechende Selbstreinigungsmaßnahmen nach § 125 GWB getroffen wurden (hierfür sind Nachweise vorzulegen). Der Auftraggeber behält sich vor, die Vorlage weitere Nachweise zu Eigenerklärungen nachzufordern; (§48 VgV)
- c) Eigenerklärung nach VgV 2016 § 73 Abs. 3, die Leistungserbringung erfolgt unabhängig von Ausführungs- und Lieferinteressen;
- d) Ist der Bewerber eine juristische Person, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen:
 1. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter;
 2. Nachweis dass die auftragsgegenständlichen Leistungen zu deren satzungsgemäßem Geschäftszweck gehören;
 3. Namen und berufliche Befähigung der Personen (siehe a.), die für die Erbringung der Leistung als Verantwortlich vorgesehen sind;
- e) Ist der Bewerber eine Bewerbergemeinschaft, hat er die folgenden Nachweise zu erbringen:
 1. Erklärung aller Mitglieder zur Bildung einer Bietergemeinschaft;
 2. Nachweis der Vertretungsberechtigung für den bevollmächtigten Vertreter;
 3. Darstellung welches Mitglied welche Leistung erbringen wird.
 4. Erklärung, dass alle Mitglieder der Bewerbergemeinschaft als Gesamtschuldner haften.
- f) Erklärung zur technischen Ausstattung (§46 (3) 9 VgV)

III.1.2) Wirtschaftliche und finanzielle Leistungsfähigkeit:

- 1) Eine Erklärung über den Gesamtumsatz des Bewerbers und seinen Umsatz für entsprechende Dienstleistungen, in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren (§45 VgV)
- 2.) Erklärung des Bewerbers, durch Unterschrift der Bewerbung, dass im Auftragsfall der Nachweis einer Berufshaftpflichtversicherung mit folgendem Inhalt vorgelegt wird:

Berufshaftpflichtversicherung mit Deckungssumme in Höhe von - für Personen- und Sachschäden: EUR 2.000.000, - für Vermögensschäden: EUR 1.000.000 bei einem in der EG zugelassenen Haftpflichtversicherer oder Kreditinstitut. Zudem muss die Ersatzleistung der Versicherung mindestens das zweifache der o.g. Deckungssummen pro Jahr betragen. Die Versicherung muss mindestens für die Dauer der Ausführungsfrist **Statt: „(siehe Ziff. II.2.7) z.B.“ beginnend ab Beauftragung** unbefristet, sich automatisch verlängernd o.ä. abgeschlossen sein. Im Falle einer Bewerbergemeinschaft ist von jedem Mitglied der Bewerbergemeinschaft eine Versicherung zu den o.g. Bedingungen nachzuweisen. Im Fall einer Bewerbergemeinschaft ist gleichzeitig eine Erklärung des Versicherers bzw. die entsprechende Passage aus dem/den Vertrag/Bedingungen beizufügen, wonach die Versicherung auch bei der Betätigung des Bewerbers als Partner einer Arge, bei Schäden, die vom Versicherungsnehmer verursacht werden, zu den o.g. Bedingungen eintritt.

 - 1.) Beabsichtigt der Bewerber Teile des Auftrags im Wege der Unterauftragsvergabe an Dritte zu vergeben, so hat er die vorgesehenen Unterauftragnehmer (sowie den Umfang) zu benennen und für

sie und ggf. für noch weiter nachgeordnete Unternehmen mit der Bewerbung einen eigenen vollständigen Bewerbungsbogen abzugeben. Eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen ist mit dem Teilnahmeantrag einzureichen.

2.) Beabsichtigt der Bewerber im Hinblick auf die Leistungsfähigkeit die Kapazitäten anderer Unternehmen in Anspruch zu nehmen (Eignungsleihe), so hat er diese zu benennen und für sie mit der Bewerbung einen eigenen Bewerbungsbogen abzugeben. Der Bewerber muss mit der Bewerbung nachweisen, dass ihm die für den Auftrag erforderlichen Mittel tatsächlich zur Verfügung stehen werden, indem er beispielsweise eine entsprechende Verpflichtungserklärung dieser Unternehmen vorlegt. Bietergemeinschaften müssen als gesamtschuldnerisch haftende Arbeitsgemeinschaft auftreten. Eine entsprechende Haftungserklärung ist auf Anforderung nachzureichen. Eine Doppelbewerbung ist nicht zulässig. Möglicherweise geforderte Mindeststandards: Siehe Bewerbungsunterlagen gem. Link.

III.1.3) Technische und berufliche Leistungsfähigkeit

siehe Eignungskriterien aus Bewerbungsunterlagen (Link aus I.2)

Bedingung für die Wertung der Referenzen:

Referenzzeitraum: Projektbeginn ab 01.01.2006 bis Ende Teilnahmefrist u. LP8 (Projektausführung) spätestens bis Ende Teilnahmefrist abgeschlossen. Referenzschreiben sind dem Teilnahmeantrag beizufügen.

III.2) Bedingungen für den Auftrag

III.2.1) Angaben zu einem besonderen Berufsstand

Die Erbringung der Dienstleistung ist einem besonderen Berufsstand vorbehalten: Es ist der Beruf Ingenieur/in für die Leistungen gem. § 53 AG1-8 gefordert. Juristische Personen sind zugelassen, wenn sie für die Durchführung der Aufgabe verantwortliche Berufsangehörige gemäß vorangegangenen Satz benennen.

III.2.2) Für die Ausführung des Auftrags verantwortliches Personal

Verpflichtung zur Angabe der Namen und beruflichen Qualifikationen der Personen, die für die Ausführung des Auftrags verantwortlich sind.

Abschnitt IV: Verfahren

IV.1) Beschreibung

IV.1.1) Verfahrensart

Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb

IV.1.2) Angaben zur Verhandlung

Der öffentliche Auftraggeber behält sich das Recht vor, den Auftrag auf der Grundlage der ursprünglichen Angebote zu vergeben, ohne Verhandlungen durchzuführen.

IV.2.2) Schlusstermin für den Eingang der Angebote oder Teilnahmeanträge

Tag/Monat/Jahr: **Statt: „13/01/2017“ 20/01/2017**

Ortszeit: 12:00

**IV.2.4) Sprache(n), in der (denen) Angebote oder Teilnahmeanträge eingereicht werden können:
Deutsch**

VI.3) Zusätzliche Angaben:

Fragen sind ausschließlich per E-Mail an die unter I.2) genannte Kontaktstelle Kommunikation zu richten und werden über den o. g. Link (siehe Punkt I.2) zur Beantwortung veröffentlicht. Auf Fragen die nach dem 10.01.17, 10:00 Uhr, eingehen werden keine Auskünfte mehr erteilt. Die geforderten

Angaben, Erklärungen oder Nachweise müssen vollständig und fristgerecht mit dem Teilnahmeantrag in Papierform abgegeben werden. Fehlende, unvollständige oder fehlerhafte Nachweise sowie Teilnahmeanträge (Bewerbungsbögen) oder verspäteter Eingang führen zum Ausschluss. Weiterhin kann die Änderung oder Erweiterung der Teilnehmeranträge (Bewerbungsbögen) zum Ausschluss führen. Das Versandrisiko für den rechtzeitigen Eingang liegt beim Bewerber. Es gilt keine Poststempel-Abgabe. Die Bewerbungsunterlagen werden nicht zurückgegeben. Auf elektronischem Wege übermittelte Teilnahmeanträge, wie E-Mails, Fernschreiben, Telegramme, Telebrief, Telex, und Telefaxe sind nicht zugelassen. Zusätzliche bzw. ergänzende Bewerbungsunterlagen auf Datenträgern werden nicht im Verfahren bzw. der Bewertung berücksichtigt. Bei Bietergemeinschaften sind die geforderten Erklärungen und Nachweise der Eignung von jedem Mitglied gesondert zu erbringen. Die Unterlagen sind in einem verschlossenen Umschlag gekennzeichnet mit dem übermittelten Rücksendeaufkleber abzugeben.

VI.4) Rechtsbehelfsverfahren/Nachprüfungsverfahren

VI.4.1) Zuständige Stelle für Rechtsbehelfs-/Nachprüfungsverfahren/Schlichtungsverfahren

Regierung von Oberbayern
Maximilianstr. 39
80583 München
Deutschland
Telefon: +49 8921762577
Fax: +49 8921762859

VI.4.3) Einlegung von Rechtsbehelfen

Genaue Angaben zu den Fristen für die Einlegung von Rechtsbehelfen:

Ein Antrag auf Einleitung eines Nachprüfungsverfahrens ist gemäß § 160 Abs. 3 GWB unzulässig, soweit:

1. der Antragsteller den geltend gemachten Verstoß gegen Vergabevorschriften vor Einreichen des Nachprüfungsantrags erkannt und gegenüber dem Auftraggeber nicht innerhalb einer Frist von zehn Kalendertagen gerügt hat; der Ablauf der Frist nach § 134 Absatz 2 bleibt unberührt.
2. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die aufgrund der Bekanntmachung erkennbar sind, nicht spätestens bis Ablauf der in der Bekanntmachung benannten Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.
3. Verstöße gegen Vergabevorschriften, die erst in den Vergabeunterlagen erkennbar sind, nicht spätestens bis zum Ablauf der Frist zur Bewerbung oder zur Angebotsabgabe gegenüber dem Auftraggeber gerügt werden.
4. mehr als 15 Kalendertage nach Eingang der Mitteilung des Auftraggebers, einer Rüge nicht abhelfen zu wollen, vergangen sind.

VI.5) Tag der Absendung dieser Bekanntmachung:

Tag/Monat/Jahr: 13/12/2016